

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 25 (1998)
Heft: 3

Rubrik: Offizelles

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geschäftsbericht des Bundesrats für 1997

Ein schwieriges Jahr

Der Bundesrat beurteilt das Jahr 1997 als schwierig und stark von internationalen Entwicklungen geprägt. In den Bereichen, die er wesentlich beeinflussen kann, hat er seine Jahresziele überwiegend realisiert.

Im Geschäftsbericht 1997 vergleicht der Bundesrat die gesetzten Ziele mit dem Erreichten. Die Berichterstattung orientiert sich konsequent an der Jahresplanung 1997, die der Bundesrat zu Beginn jenes Jahres vorgelegt hatte.

Internationales

Bei der Würdigung des abgelaufenen Geschäftsjahrs verweist der Bundesrat auf die starken Einflüsse des internationalen Rahmens, so namentlich auf den weltweiten wirtschaftlichen Konkurrenzkampf, der zu Grossfusionen und Massenentlassungen führte.

Rückwirkungen des internationalen Umfelds wurden auch spürbar bei den Auseinandersetzungen über das Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, was eine breite innenpolitische Debatte über die damalige Rolle unseres Landes auslöste.

Europapolitisch dauert die unbefriedigende offene Situation durch den auch 1997 nicht realisierten Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit der EU an. Einmal mehr bringt der Bundesrat seine Überzeugung zum Ausdruck, dass sich die Schweiz diesen internationalen Entwicklungen und Rahmenbedingungen nicht entziehen kann.

Wohlfahrt

Angesichts der schlechten Wirtschaftslage standen 1997 Massnahmen zur Stärkung der Wohlfahrt im Vordergrund. In diesem Zusammenhang sieht der Bundesrat seine Aufgabe vor allem in der Schaffung von staatli-

chen Rahmenbedingungen, welche die Wirtschaftsakteure im internationalen Vergleich nicht benachteiligen, strukturellen Wandel ermöglichen und gleichzeitig eine kluge Abfederung der sozialen Kosten dieser Veränderung gewährleisten.

In diesem Sinne unterbreitete der Bundesrat 1997 namentlich ein Investitionsprogramm von 560 Millionen Franken sowie eine Unternehmenssteuerreform. Mit der Liberalisierung des Fernmelde- und Postbereichs erreichte der Bundesrat, dass die beiden neuen Unternehmen Telecom und Post zeitgleich mit der europäischen

Konkurrenz in neuer Unternehmensform auf dem Markt auftreten können.

Schliesslich legte er einen Vorschlag zu einem «Haushaltsziel 2001» vor, welches Bundesrat und Parlament auf einen verbindlichen Sanierungspfad verpflichtet. (Über diesen Vorschlag wurde am 7. Juni abgestimmt; siehe Seiten 14/15.) Mit diesem Projekt verbunden war die Erarbeitung eines entsprechenden Stabilisierungsprogramms, mit welchem vorab in den Bereichen Soziales, Verkehr, Landesverteidigung, Bildung und Forschung, Landwirtschaft sowie Aussenbeziehungen Einsparungen von gut zwei Milliarden Franken realisiert werden sollen.

Solidarität

Im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels nahmen Fragen der Solidarität zwischen Stärkeren und Schwächeren

Freiwillige AHV/IV

• **Altersgrenze 50**
Gemäss Wegleitung zur freiwilligen AHV/IV kann die Beitrittserklärung bis zum 51. Geburtstag abgegeben werden (Ausnahmen vorbehalten).

• **Frauen**
Nach der 10. AHV-Revision können seit dem 1. Januar 1997 neu auch Frauen den Beitritt zur freiwilligen AHV/IV selbständig erklären und auch individuell wieder von der Versicherung zurücktreten, sofern sie die übrigen vom Gesetz verlangten Voraussetzungen erfüllen.

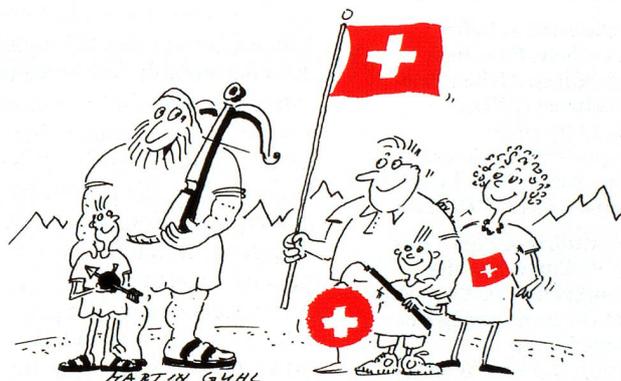
auch 1997 einen zentralen Stellenwert in der öffentlichen Debatte ein. Bei den Sozialversicherungswerken sah der Bundesrat 1997 davon ab, grundlegende Weichen zu stellen, da die entsprechenden Grundlagenarbeiten zu den Finanzierungsperspektiven noch im Gang waren. Im Vordergrund standen vielmehr Konsolidierungsmassnahmen bei den bestehenden Sozialwerken.

Darüber hinaus war das bevorstehende Jubiläumsjahr 1998 aber auch Anlass, über unser staatliches Zusammenleben im weitesten Sinne nachzudenken. Als Leitthema und Orientierungspunkt für die Gegenwart und die kommenden Jahre lancierte der Bundesrat die Stiftung «Solidarische Schweiz». Sie soll unsere Tradition der Solidarität mit den Schwächeren im In- und Ausland neu beleben und auch Ausdruck unseres Dankes für Frieden und demokratische Verhältnisse sein, die unser Staatswesen seit seiner Gründung erleben durfte.

Bilanz

Der Rückblick auf das Jahr 1997 zeigt, dass wesentliche Vorhaben realisiert werden konnten. In den Augen des Bundesrates erweisen sich die Leitlinien der Legislatur-

1. August im Ausland



Der 1. August ist für viele Auslandschweizer ein wichtiger Tag, an dem sie ihrer Heimat oder der Heimat ihrer Vorfahren gedenken. In zahlreichen Botschaften und Konsulaten findet ein – in der Regel zusammen mit den Schweizervereinen organisierter – Bundesfeierempfang statt. Schweizer Radio International stellt auf einer Kassette ein Bundesfeierprogramm zusammen mit einer Ansprache des Bundespräsidenten, umrahmt von Glockengeläut und Schweizerpsalm. Die Kassette wird den Schweizervereinen von den Vertretungen zur Verfügung gestellt. Das Auslandschweizer-Sekretariat verspricht den Text in sechs Sprachen an die Schweizervereine und schweizerischen Institutionen. Die Veranstaltung der Bundesfeier für die Kolonie ist jedoch in erster Linie Sache der Auslandschweizergemeinschaften. Es besteht keine Verpflichtung der Behörden, einen Empfang durchzuführen.

NYF



planung 1995–1999 weiterhin als sinnvolle Konstanten der bundesrätlichen Politik: Stärkung der Wohlfahrt, der staatlichen Handlungsfähigkeit und des nationalen Zusammenhalts sowie nachhaltige Entwicklung.

Im Bericht wird offen dargestellt, welche Ziele sich der Bundesrat für 1997 gesetzt und inwiefern er diese erreicht hat. Ebenso legt er dar,

wo Verzögerungen eingetreten sind. Als Hauptgründe nennt der Bundesrat die internationalen Rahmenbedingungen, welche die bundesrätliche Entscheidungsfindung erschweren, Rückwirkungen aus Parlamentsbetrieb und Referendumsdemokratie sowie Schwächen der herkömmlichen Verwaltungsstrukturen. In diesem Zusammenhang erinnert der

Bundesrat daran, dass er diese Probleme vor Jahren erkannt und im Rahmen seiner Arbeiten zur Regierungs- und Verwaltungsreform bereits wichtige Massnahmen ergriffen hat. Ebenso beschloss er, dem Parlament Vorschläge zur Stärkung des Bundesrates zu unterbreiten. Die Realisierung dieser Vorschläge vorausgesetzt, ist der Bundesrat zuversichtlich, die

Herausforderungen der nächsten Jahre bestehen zu können.

Der Bericht kann unter Beilage einer adressierten Klebetikette kostenlos bezogen werden bei: Schweizerische Bundeskanzlei, Sektion Planungsfragen, 3003 Bern. Er ist auch auf Internet abrufbar (<http://www.admin.ch>).

Werner Thut,
Bundeskanzlei

Hängige Volksinitiativen

Folgende Volksinitiativen können noch unterschrieben werden:

«Für einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien»
(bis 22.10.1998)

Elise Kerchenbaum,
Postfach 232, 1211 Genf 8

«Grundeigentum geht über in Nutzungs- und Baurechte»
(bis 20.11.1998)

Werner Mühlheim,
Postfach 8140, 2500 Biel 8

«Für mehr Verkehrssicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)»
(bis 16.03.1999)

Verkehrs-Club der Schweiz,
Postfach, 3000 Bern 2

«Arbeitsverteilung»
(bis 16.03.1999)

Patrizia Staub, Postfach
7236, 8023 Zürich

«Für tiefere Spitalkosten»
(bis 02.06.1999)

Denner AG, Postfach 977,
8045 Zürich

«Gesundheit muss bezahlbar bleiben (Gesundheitsinitiative)»
(bis 09.06.1999)

Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Postfach, 3001 Bern

«Klinische Musterstationen» (bis 09.06.1999)
Kunigunde Grätzer-Karner,
Postfach 114, 8042 Zürich

«Ausbau der A1 Zürich-Bern auf sechs Spuren»
(bis 13.07.1999)

Nationalrat Michael E. Dreher, Ränkestrasse 2,
8700 Küsnacht

«Ausbau der A1 Genf-Lausanne auf sechs Spuren»
(bis 13.07.1999)

Nationalrat Michael E. Dreher, Ränkestrasse 2,
8700 Küsnacht

«Zweite Autobahn-Tunnelröhre am Gotthard»
(bis 13.07.1999)

Nationalrat Michael E. Dreher, Ränkestrasse 2,
8700 Küsnacht

«Für die Aufhebung des Verbandsbeschwerderechts auf Bundesebene»
(bis 13.07.1999)

Nationalrat Michael E. Dreher, Ränkestrasse 2,
8700 Küsnacht

«Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee»
(bis 17.09.1999)

Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, Nico Lutz,
Postfach 6348, 3001 Bern

«Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivildienst (ZFD)»
(bis 17.09.1999)

Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, Nico Lutz,
Postfach 6348, 3001 Bern

«Moratorium Plus – Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos»
(bis 01.10.1999) Verein

«Strom ohne Atom»,
Leo Scherer, Postfach 2322,
8031 Zürich

«Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke»
(bis 01.10.1999)

Verein «Strom ohne Atom»,
Leo Scherer, Postfach 2322,
8031 Zürich

Adressänderungen

Bitte nicht nach Bern

Melden Sie Adressänderungen einzig und allein der Schweizer Botschaft oder dem Schweizer Konsulat. Nur diese sind nämlich für die Verwaltung der Adressen unserer Landsleute im Ausland und damit für den korrekten Versand der «Schweizer Revue» zuständig.

Sie helfen so mit, aufwendige Nachforschungen zu verhindern, die der Auslandschweizerdienst aufgrund der zahllosen Rücksendungen von unzustellbaren Ausgaben der «Schweizer Revue» anzustellen hat.

NYF

Initiativen kurz erklärt

«Strassen für alle»

Die Initiative «Für mehr Verkehrssicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)» wurde vom eher links-grünen Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) lanciert. Mit dem Volksbegehren wird folgende neue Regelung in der Bundesverfassung angestrebt:

- Innerorts beträgt die generelle Höchstgeschwindigkeit 30 km/h. Die zuständige Be-

hörde kann in begründeten Fällen Abweichungen verfügen.

- Binnen Jahresfrist nach Annahme durch Volk und Stände erlassen die zuständigen Behörden die notwendigen Ausführungsbestimmungen und ordnen die entsprechenden Höchstgeschwindigkeiten innerorts an.

NYF

Krankenversicherung

Wer seinen Wohnsitz ausserhalb der Schweiz hat, untersteht in der Regel der obligatorischen Krankenpflegeversicherung nicht. Die Krankenversicherer sind aber berechtigt, Personen mit Wohnsitz im Ausland weiterhin zu versichern. Sie sind dazu jedoch nicht verpflichtet (freiwilliger Vertrag).

Bei versicherten Mitbürgern im Ausland, welche sich vor dem 1. Januar 1997 schon in einer ärztlichen Behandlung befanden, sind die Krankenversicherer verpflichtet, das Versicherungsverhältnis bis zum Abschluss der Behandlung nach dem alten Gesetz weiterzuführen. Für Fragen wenden Sie sich bitte direkt an die Krankenkassen.

NYF